

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hans-Ulrich Klose, Christoph Moosbauer, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Christian Sterzing, Rita Griebhaber, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur Lage im Nahen Osten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Eskalation der gewaltsamen Auseinandersetzung im Nahen Osten bedroht den Frieden in der Region und gefährdet die internationale Sicherheit. Auf beiden Seiten ist eine normale, angstfreie Lebensführung der betroffenen Menschen nicht mehr möglich. Terror und Gewalt, die immer mehr Opfer fordern, müssen sofort beendet werden. Nur eine politische Lösung kann einen Ausweg aus diesem Konflikt bieten.

Ein neuer Friedensprozess im Nahen Osten benötigt die schrittweise Herstellung neuen Vertrauens zwischen Israelis und Palästinensern.

Dabei hat Deutschland aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung.

Das Existenzrecht Israels ist für uns unantastbar. Israel hat das Recht auf eine Existenz in Frieden und in sicheren Grenzen.

Gleichzeitig erkennt der Deutsche Bundestag die legitimen Rechte der Palästinenser nach einem demokratischen Staat, der in Frieden und Freiheit Seite an Seite mit Israel existiert, an.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die verstärkten Bemühungen der USA, ihre Einflussmöglichkeiten zu nutzen, um die Gewaltspirale zu stoppen und die Rückkehr zu einem politischen Dialog zu eröffnen.

Vor diesem Hintergrund ist das Ideenpapier vom Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, zum Friedensprozess im Nahen Osten ein wichtiger Beitrag zur Deeskalation und zur Befriedung der Region. Denn es benennt mit dem Rückzug Israels aus der Westbank und dem Gazastreifen, der Räumung von Siedlungen sowie der Ausrufung des Staates Palästina auf der Grundlage eines uneingeschränkten Waffenstillstands und der Anerkennung des gegenseitigen Existenzrechts die wesentlichen Eckpunkte einer Endstatusregelung, die beiden Konfliktparteien eine politische Perspektive eröffnet. Es betont die Notwendigkeit der intensiven Zusammenarbeit von USA, EU, Russland und dem UN-

Generalsekretär bei der weiteren Konfliktbearbeitung. Die Lage in der Region erfordert eine gemeinsame kontinuierliche Einwirkung von außen.

Es benennt ferner das Ziel des Friedensprozesses, nämlich die Existenz zweier Staaten – Israel und Palästina – in Frieden, sicheren Grenzen und Freiheit, einen Fahrplan, einen verbindlichen Zeitplan sowie die Garantie der Implementierung durch eine dritte Partei – einem „Quartett“, bestehend aus den USA, der EU, Russland sowie dem UNO-Generalsekretär – und die Überwachung der unverzichtbaren Eckpunkte, die den Konfliktparteien den Weg zu Frieden und Sicherheit eröffnen.

Der Deutsche Bundestag bestärkt die Bundesregierung darin, ihre außenpolitischen Anstrengungen auf dieser Linie vor allem im Rahmen der EU weiterzuverfolgen.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Resolutionen 1397, 1402 und 1403 des UN-Sicherheitsrates und das darin geforderte Ziel zweier Staaten – Israel und Palästina – Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen. Die Existenz zweier Staaten, verbunden in gemeinsamer Sicherheit, eingebunden in einen regionalen Frieden und garantiert durch die internationale Gemeinschaft, ist ein zentrales Element auf dem Weg zu einem friedlichen Zusammenleben beider Völker.

Der Deutsche Bundestag verurteilt Terror und Gewalt. Er verlangt die uneingeschränkte Beachtung der einschlägigen internationalen Schutzkonventionen und des Völkerrechts. Er fordert die palästinensische Autonomiebehörde auf, unter Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien glaubhaft alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um terroristische Aktivitäten von palästinensischer Seite zu unterbinden. Beide Konfliktparteien sind aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Ursachen der Eskalationsspirale entgegenzuwirken.

Der Deutsche Bundestag ist über Berichte tief beunruhigt, nach denen der Einsatz unverhältnismäßiger militärischer Gewalt eine bisher unbekannte Zahl von Todesopfern unter der palästinensischen Zivilbevölkerung gefordert hat. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Resolution 1405 des UN-Sicherheitsrates, die eine internationale Untersuchung der Vorgänge in Jenin und den ungehinderten Zugang für die humanitären Organisationen fordert.

Der Deutsche Bundestag verurteilt Positionen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Selbstverständlich steht das Handeln jeder Regierung in der Kritik – das gilt auch für Israel. Der Deutsche Bundestag weist jedoch Äußerungen zurück, die antisemitische Untertöne enthalten oder gar offen antisemitisch artikuliert werden.

Der Deutsche Bundestag fordert mit allem Nachdruck ein offenes und couragiertes Einschreiten überall dort, wo Juden und jüdische Einrichtungen in Deutschland bedroht oder angegriffen werden. Solche Übergriffe sind abscheulich, völlig inakzeptabel und werden mit der vollen Strenge des Gesetzes geahndet. Unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger und die jüdische Gemeinschaft können sich auf unsere volle Solidarität verlassen.

Berlin, den 24. April 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion